

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Durchgezogene Bilanz der Sondersession von *Therese Schläpfer*

Seite 2

Kanton Zürich

Wissenschaft als politisches Instrument von *Camille Lothe*

Seite 3

Aktuell

Unterschiedliche Ansichten zur Littering-Bekämpfung von *Christina Zurfluh*

Seite 4-5

Parlamentsgemeinden

Linker Wohnbau: Geschenke für die Privilegierten von *Martin Götzl*

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Alfred Heer auf Besuch in ZH-Affoltern

Seite 8

NEIN AM 18. JUNI

Das Stromfresser-Gesetz verschärft den Strommangel

Das Stromfresser-Gesetz führt zu massiv mehr Stromverbrauch. Dabei haben wir heute schon zu wenig Strom. Gleichzeitig wollen wir aus der Kernenergie aussteigen. Das geht nicht auf: Diese links-grünen Träumereien sind eine Katastrophe und müssen an der Urne gestoppt werden.



Was die Schweizer Bevölkerung an Energie spart, wird durch die Einwanderung wieder wettgemacht.

Bild: Wikipedia

Am 18. Juni stimmen wir über das «Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und Stärkung der Energiesicherheit (KIG)» ab. Dieses Gesetz kommt aus der Küche von alt Bundesrätin Sommaruga (SP) und wurde im Parlament durch die Mitte-Links-Mehrheit als indirekter Gegenentwurf zur sogenannten «Gletscher-Initiative» beschlossen. Dies auch, um ein mögliches Ständemehr gegen die Initiative aus-

zuschliessen. Die Bevölkerung soll mit massiven Eingriffen und Verboten umgezogen werden.

Bewusste Irreführung

Der Titel des Gesetzes führt das Stimmvolk jedoch in die Irre. Die Energiesicherheit wird damit nicht gestärkt, im Gegenteil, sie wird massiv geschwächt. Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben, will das extreme Gesetz Heizöl, Gas, Diesel und Benzin faktisch

verbieten. Das sind 60% unseres heutigen Energieverbrauchs. Das sogenannte «Klimaschutz-Gesetz» ist in Wahrheit ein «Stromfresser-Gesetz». Es verschärft zusätzlich die aktuelle Energie- und Stromkrise. Die nationale Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS aus dem Jahr 2020 nennt eine langandauernde Strommangellage als eines der drei grössten Risiken für die Schweiz. Die SVP hat erfolgreich das Referendum eingereicht –

auch dank Ihrer Unterstützung. Somit wird das Stimmvolk das letzte Wort haben.

Realitätsfremd und unbezahlbar

Das Stromfresser-Gesetz ist realitätsfremd und unbezahlbar. Eine ETH-Studie rechnet mit einer Verdreifachung der Energiekosten: Das bedeutet 6600 Franken Mehrkosten pro Person im Jahr!

Die finanzielle Mehrbelastung auch für Gewerbe und Industrie ist nicht verkraftbar. Es ist mit massiven Aufschlägen für Konsumenten zu rechnen. Die Konkurrenzfähigkeit wird stark darunter leiden und schlussendlich werden Unternehmen und deren Arbeitsplätze ins Ausland abwandern.

Zugleich bläht die Umsetzung aller möglichen und unmöglichen Massnahmen die Bürokratie weiter auf, was unsere Betriebe zusätzlich belasten wird. Die explodierenden Energiekosten werden vielen Gewerblern und Handwerkern das «wirtschaftliche Genick» brechen. Bereits heute sind die Stromkosten teilweise um den Faktor zehn gestiegen.

Auch die Landwirtschaft würde drastisch darunter leiden. Landmaschinen und Traktoren, wie wir sie heute kennen, würden verboten. Zusätzlich müssten Landwirtschaftsflächen zur Nutzung mit Sonnenkollektoren hergegeben werden, was wiederum unsere Ernährungssicherheit gefährdet. Zudem würde unsere Natur und Landschaft mit Windrädern verschandelt.

Zuwanderer fressen Strom weg

Wie wollen wir rund 60 Prozent des Schweizer Energiebedarfs durch Strom ersetzen? Mit 5000 Windrädern, mit 70 Millionen Quadratmetern Solaranlagen und 17 Pumpspeicherkraftwer-

ken? Es gibt keinen realistischen Plan, wie genug bezahlbarer Strom, und dies auch im Winter, für die elektrisch betriebenen Autos und Wärmepumpen produziert werden kann.

Umweltpolitisch haben wir in der Schweiz unsere Hausaufgaben gemacht und brauchen uns kein schlechtes Gewissen einreden zu lassen.

Die Schweiz hat in den letzten 10 Jahren ihren CO₂-Ausstoss pro Kopf um rund 20 % reduziert. Doch die masslose Zuwanderung macht das zunichte. Jede zusätzliche Person in unserem Land ist auch ein zusätzlicher «Stromfresser»!

Kopfloser Ausstieg verhindern

Die SVP hat schon bei der utopischen Energiestrategie vor enormen Kosten und der Versorgungsunsicherheit gewarnt – nur wenige Jahre später ist der Strommangel ein Dauerthema. Wir dürfen denselben Fehler nicht zweimal machen! Warum fordert uns der Bundesrat in einer Kampagne vom letzten Winter, die den Steuerzahler übrigens 13,5 Millionen Franken gekostet hat, zum Stromsparen auf? Genau, weil die Energiestrategie gescheitert ist!

Wer eine sichere Energieversorgung will, sagt am 18. Juni NEIN zum gefährlichen Stromfresser-Gesetz und baut zuerst die neuen Energiequellen aus, bevor der kopflose Ausstieg aus den fossilen Energieträgern beschlossen wird.



Bruno Walliser
Nationalrat SVP
Volksktswil

JA

ZUR SCHWEIZER
NEUTRALITÄT



> neutralitaet-ja.ch

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen



ROMAINE –
ERFRISCHEND
ANDERS

NEUGIERIG?



Am 22. Oktober in den Nationalrat





Christoph Mörgeli

Die Welt des Benjamin Triebe

Nennen wir ihn Benjamin Triebe. Weil er genau so heisst. Benjamin Triebe hat 1983 das Licht der Welt erblickt, und zwar in Detmold, Landkreis Lippe, Bundesland Nordrhein-Westfalen. Diese Stadt ist bekannt, seit in der Wehrmacht so gerne gesungen wurde: «Lippe-Detmold eine wunderschöne Stadt, darinnen ein Soldat.» Benjamin Triebe ist trotzdem nicht Soldat geworden, sondern in die Schweiz gezogen. Um als Journalist bei der «Neuen Zürcher Zeitung» zu arbeiten. Detmold, die Geburtsstadt von Benjamin Triebe, hat eine Bevölkerungsdichte von 572 Einwohnern pro Quadratkilometer. Zürich, die Stadt von Triebes heutigem Wirken, hat eine Bevölkerungsdichte von 4813 Einwohnern pro Quadratkilometer. Der Ausländeranteil beträgt in Detmold 6 Prozent, in Zürich 33 Prozent. Jetzt titelt Benjamin Triebe in der NZZ: «Eng ist es nicht im Land, sondern in den Köpfen». Die Schweizer, so lesen die Schweizer, «haben alle Mittel in der Hand, aus der Zuwanderung eine Bereicherung zu machen». Sie müssten dazu lediglich endlich «über ihren Schatten springen». Nun macht es uns ausgerechnet Benjamin Triebe schwer, die Zuwanderung als Bereicherung zu empfinden. Denn seine Belehrung an sein 9-Millionen-Auswanderungsland lautet zusammengefasst so: Na, nu' stellt euch mal nicht so an! Legt endlich den Schalter um in euren verstockten Gehirnen. Baut höher und dichter, schafft «Ballungsräume», denn: «Die Schweiz tut gut daran, sich im Flachland in ihrer Gesamtheit als eine grosse Metropolregion zu begreifen.» Schliesslich sei London noch grösser. Dort frage auch niemand, woher jemand komme. Auch dort spreche man englisch. Dass Benjamin Triebe plötzlich London als Vorbild nennt, erstaunt. Denn zu Zeiten, in denen er von dort als NZZ-Korrespondent berichtet hat, schimpfte er als beleidigter EU-Bürger fast täglich über die dummen Engländer, die der EU den Rücken gekehrt haben («Der Brexit ist eine Selbstverstümmelung»). Schon damals erinnerte Benjamin Triebe an Grimms Märchen. Speziell an Rapunzel. Er ist zwar nicht ganz so schön. Aber ganz schön herablassend.

RÜCKBLICK SONDERSESSION 2023

Durchgezogene Bilanz trotz Auflockerung

Drei reich befrachtete Tage zum Abbau von wichtigen Geschäften wie der Kreislaufwirtschaft, der Räumung des Munitionslagers Mitholz, der Sicherung der Winterstromversorgung und der Behandlung zahlreicher Vorstösse hielten uns Anfang Mai auf Trab.



Therese Schlöpfer Nationalrätin SVP Hagenbuch

Zuerst war die Vorlage zur Kreislaufwirtschaft traktandiert. Um die Umweltbelastung zu reduzieren, soll die Kreislaufwirtschaft gestärkt werden. Dies soll gleichzeitig die Leistungsfähigkeit und die Versorgungssicherheit der Schweizer Wirtschaft erhöhen. Die Vorlage wurde knapp, mit einer Stimme mehr der Befürworter, angenommen. Durch die bereits vorhandenen und rege benutzten Separatsammlungen in der Schweiz fehlt den Kehrichtverbrennungsanlagen mittlerweile der Rohstoff – eben der Abfall – für einen kostendeckenden Betrieb. Die Kehrichtverbrennungsanlagen sind heute auch Lieferanten von Fernwärme. Weil die Schweizer so fleissig den Abfall trennen und wiederverwerten, sind sie mittlerweile nicht mehr genügend ausgelastet und wehren sich gegen Separatsammlungen, im Speziellen gegen die Kunststoffsammlungen.

Weitere Verschärfung der Recycling-Vorschriften

Ein anderes Problem sind die zu entsorgenden verpackten Lebensmittel. Bis anhin wird verpacktes Gemüse in der Biogasanlage ausgepackt und die Folie in der Masse mit speziellen Geräten herausgefischt. Dies reicht unserem Rat nicht. Es muss noch sorgfältiger und genauer ausgepackt werden. Ebenso strengen Vorschriften wird die Bauwirtschaft entgegenblicken. Wiederverwertbare Baustoffe, welche heute schon gereinigt werden, müssen in Zukunft noch sorgfältiger behandelt werden. Wir bewegen uns heute schon auf einem hohen Niveau, um die Umwelt zu schützen. Die neuen zusätzlichen Forderungen werden unsere KMU einiges an administrativem Aufwand kos-

ten und schlussendlich unser aller Portemonnaie belasten.

Das ehemalige Munitionslager in Mitholz soll von jeglichen Munitionsrückständen geräumt werden. Dazu will der Bundesrat insgesamt 2,59 Milliarden Franken sprechen. Das Geld wird für die Räumung der Anlage, die Errichtung von Schutzbauten entlang der Nationalstrassen, Massnahmen gegen Naturgefahren und die Vernichtung der Munition verwendet. Von drei Varianten wurde nur eine geprüft. Der Rückweisungsantrag der SVP zur Prüfung der anderen Varianten wurde leider abgelehnt. Schlussendlich wurde die Schuldenbremse gelöst und dem Geschäft zugestimmt.

Aussenpolitik der Zugewanderten

Kollege Molina zog sein Postulat zur Übernahme von EU-Recht im Bereich der Aussenwirtschaftspolitik zurück. Was führt er im Schild? Will er sich wohl bis zu den Wahlen gemässigt zeigen? Dafür hat er einen anderen Coup gelandet. Er will nun den Bundesrat in der Aussenpolitik übersteuern und die Beziehungen zwischen dem Nationalrat und der Legislative YUAN (Taiwan)

verstärken. Schlitzohrig hat er den Ständerat, der wahrscheinlich dagegen entschieden hätte, aus der Entscheidung genommen. Dies soll die Zusammenarbeit zur Stärkung der Demokratie, zur Förderung von Frieden und Stabilität in der Region und zur Vertiefung des wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausches zwischen der Schweiz und Taiwan beitragen. Nun erkennt aber die Schweiz Taiwan nicht als eigenständiges Land an. Dies will der Motionär wahrscheinlich ändern und funkt dem Bundesrat auf gefährliche Art und Weise in die diplomatische Arbeit hinein. Erstaunlicherweise wurde der Motion von der Mehrheit des Nationalrates zugestimmt. Die Chinesen sind verständlicherweise nicht erfreut und haben ihren Missmut ausgedrückt.

Fünf Vorstösse bezweckten die vereinfachte Aufnahme von Afghanen und Afghaninnen. Einer strebte den Flüchtlingsstatus für Klimaaopfer an. Der eingebürgerte türkische Nationalrat Atici plädierte dafür, dass auch Sozialhilfebezüger ihren Aufenthaltsstatus nicht verlieren und trotzdem ein-

gebürgert werden können. Tausende Berechtigte würden nämlich aus Angst darauf verzichten, war seine Begründung. In seiner nächsten Forderung will er, dass der Bundesrat seiner Verpflichtung aus Artikel 16 des Unesco-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen nachkommt. Er soll die Einreise von Kunst- und Kulturschaffenden aus visapflichtigen Staaten erleichtern. Kulturschaffenden aus Drittstaaten sollen mehrmonatige Aufenthalte gewährt werden, drei Monate sollen als Arbeit eingestuft werden. Wozu? Damit sie danach als «Sans-Papiers» hier untertauchen, direkt aufs Sozialamt gehen können oder ihnen später erleichtert Arbeitslosengelder zustehen? Der Rat hat diese Vorstösse abgelehnt.

Schwer verständliches Walliserdeutsch

Den ersten langen Sitzungstag aufgelockert hat eine Motion von Lukas Reimann. Er forderte das Büro des Nationalrates auf, das Geschäftsreglement so zu ergänzen, dass Schweizerdeutsch als zusätzliche Verhandlungssprache zugelassen wird. Hochdeutsch, französisch, italienisch und rätoromanisch sollen weiterhin als offizielle Verhandlungssprachen erhalten bleiben, aber zusätzlich soll Schweizerdeutsch möglich werden. Ein Votum des Wallisers Philipp Bregy in schwerverständlichem «Ur-Walliserdeutsch» zeigte dann auf, wie unmöglich nur schon das Protokollieren der verschiedenen Dialekte wäre. Vernünftigerweise wurde dieser Vorstoss abgelehnt.

Geld einsparen wollte das Parlament nicht. Die meisten unserer Vorstösse wurden abgelehnt. Unter anderem auch eine unserer Fraktionsmotionen, welche eine Senkung beim Bundespersonal auf 35 000 Vollzeitäquivalente und die Senkung der Bundespersonalausgaben auf 5 Milliarden Franken forderte.

Wir haben wieder zu viele Postulate angenommen, welche verschiedene unnötige Berichte einfordern, die Geschäfte behindern oder verlängern und deren Erstellen wiederum Geld kostet.



Wer macht die Schweizer Aussenpolitik, der Bundesrat oder der Nationalrat? Im Bild: Taipeh, die Hauptstadt der Republik Taiwan, die von der Schweiz nicht offiziell anerkannt wird.

Bild: Wikipedia

AUS DER REDAKTION

Die SVP braucht eine Strategie gegen den Linksextremismus

Der Linksextremismus wurde jahrelang unterschätzt – besonders in Zürich. Er ist gewalttätig und international vernetzt. Trotzdem wird er von der Linken immer noch verharmlost. Doch auch die SVP könnte mehr machen. Dies würde ihr auch politisch nutzen.

Wer die Sicherheitsberichte des Nachrichtendienstes des Bundes liest, ist schockiert. Der Linksextremismus ist eine weit grössere Bedrohung für unsere Gesellschaft, als es der mediale und politische Diskurs vermuten lassen würden. Seit Jahren liegt sein Gewaltpotenzial um vieles höher als jenes des Rechtsextremismus. So verübten Linksextremisten 2021 27-mal mehr Gewalttaten als Rechtsextremisten. Die linksextremen Demos, die in Zürich mittlerweile an fast jedem Wochenende stattfinden, sind nur die Spitze des Eisbergs, denn linke Gewalt beschränkt sich längst nicht auf das Einwerfen von Fensterscheiben und Farbanschläge. Linke verüben seit einigen Jahren regelmässig Brand- und Sprengstoffanschläge. Und die Gewalt wird immer professioneller: Laut Sicherheitsbericht Schweiz 2019 haben Linksextreme in Syrien militärische Erfahrung gesammelt und verfügen auch über Schusswaffen.

Organisiert und international vernetzt

Der Linksextremismus ist dabei hochgradig politisch organisiert. Der revolutionäre Aufbau Zürich und seine Tochterorganisation, der RJZ, sind die führenden Organisationen. Sie sind

über das Netzwerk Rote Hilfe mit linksextremen und linksterroristischen Organisationen in Italien, Deutschland und im Nahen Osten verbunden. Zu Letzteren gehört etwa die Samidoun, ein Netzwerk in Europa, das mit der PFLP verbunden ist. Diese palästinensische Terrororganisation war für den Anschlag 1970 auf den Swissair-Flug 330 verantwortlich, der 47 Todesopfer forderte.

Politische Entwicklung verschlafen

Medien und Politik haben diese «Lageverschärfung» des Linksextremismus, wie es der NDB nennt, verschlafen. Die Rotgrünen kuscheln immer noch mit dem Linksextremismus. So marschieren Linksextreme am offiziellen 1.-Mai-Umzug mit oder können sich in linke Lokale, wie das Volkshaus einmieten. So geschehen vor dem diesjährigen 1. Mai. Vorstösse der SVP zur Bekämpfung und Prävention des Linksextremismus werden regelmässig von der Ratslinken versenkt. Der Linksterrorist Marc Rudin kandidierte 2015 sogar auf einer mit SP und Grünen verbundenen Liste für den Nationalrat.

Die SVP ist gefragt

Doch auch die SVP könnte mehr machen. Heute kann der Linksextremis-

mus in der Stadt Zürich frei operieren. Der revolutionäre Aufbau betreibt ein offenes Büro wenige hundert Meter von der Langstrasse entfernt. Wie kann das sein?

Zunächst besteht Informationsbedarf. Wie stark ist der Kanton Zürich vom Linksextremismus betroffen? Der NDB schlüsselt seine Daten nicht nach Kantonen auf. Hier braucht es deshalb Vorstösse auf Bundesebene, um an die nötigen Informationen zu gelangen. Die Möglichkeiten, um den Linksextre-

mismus zu bekämpfen, sind breit. Von einer finanziellen Belastung der Linksextremen, wie es die Anti-Chaoten-Initiative plant, bis zum Verbot der linksextremen Organisationen. Zu hinterfragen ist auch, warum der 1. Mai, obwohl er primär den Krawallen dient, weiterhin ein Feiertag ist. Wäre es nicht eventuell angebracht, diesen neu als Erinnerungstag den Opfern des Kommunismus zu widmen? Auch Präventionsprogramme in Schulen und Universitäten sind anzudenken. Wenn die Linksrünen immer mehr Einfluss auf den Lehrinhalt nehmen, so sollte sich die SVP dafür auch nicht zu schade sein. DR

Links- und Rechtsextremismus in der Schweiz 2012-2021



Quelle: NDB
Created with Datawrapper

AUS DEM KANTONS RAT

Ein Ratsmorgen mit vielen Vereidigungen

Der erste Tag der Legislatur ist vor allem von Organisatorischem geprägt. Zu diskutieren gab der Antrag der äussersten Linken, Isabel Garcia auszuschliessen, der schliesslich scheiterte. In der neuen Legislatur ist die SVP in den Kommissionen stark aufgestellt. Gute Voraussetzungen, um die Zürcher Politik der nächsten vier Jahre mitzubestimmen.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht

Diesen Montag startete die neue Legislatur im Kantonsrat in der Bullingerkirche mit vielen neuen Mitgliedern. Es gab nicht viele Traktanden, sondern vor allem Organisatorisches und Vereidigungen. Leandra Columberg der SP eröffnete die Sitzung als jüngstes Ratsmitglied. Sie sprach davon, dass wir Visionen wagen sollen und uns für einen zukunftssträchtigen Kanton Zürich einsetzen sollen. Danach folgte die Rede des ältesten Ratsmitglieds und neu gewählten Kantonsrats Bernhard im Oberdorf der SVP.

Er sprach zu einem geschichtlichen Hintergrund und zum Thema Loyalität. Schliesslich folgte die Erneuerungswahl der Mitglieder des Kantonsrates und eine umstrittene Affäre.

Rachefeldzug gegen Isabel Garcia

Traktandiert war der Antrag der Linken auf Ausschluss von Isabel Garcia, welche kurzfristig die Partei von der GLP zur FDP wechselte. Dies rief auch viele Medien in den Ratssaal. Die AL und Grünen wollten Isabel Garcia die Wahl absprechen. Anne-Claude Hensch

Frei der AL erläuterte den Antrag auf Nicht-Erwahrung der Wahl. Martin Hübscher der SVP entgegnete, dass es erstaunlich sei, dass dieser Antrag genau von den Linken komme, die sich immer für die Toleranz einsetzten. Man wolle offensichtlich Aufmerksamkeit erhaschen, sonst hätte man einfach eine Stimmrechtsbeschwerde einreichen können. Es folgten diverse andere Rednerinnen und Redner und danach die Abstimmung. 107 Personen waren erfreulicherweise für den Antrag der Geschäftsleitung, das heisst gegen den Ausschluss von Isabel Garcia. Diese wird somit fortan in der FDP politisieren.

Starke Position der SVP in den Kommissionen

Schliesslich folgte das Amtsgelübte aller neuen Kantonsräte und Kantons-

rätinnen. Sylvie Matter der SP wird neue Ratspräsidentin und Jürg Sulser der SVP der Vizepräsident sowie Martin Farner der FDP 2. Vizepräsident. Jürg Sulser erhielt mit 146 Stimmen ein gutes Resultat.

Auch der Regierungsrat wurde bestätigt. Neu wird Mario Fehr Regierungspräsident. Anita Borer der SVP wurde nebst Monika Wicki (SP) und Yvonne Bürgin (Mitte) neu in das Sekretariat der Geschäftsleitung des Kantonsrats gewählt.

Es folgte die Wahl aller Mitglieder der Aufsichts- und Sachkommissionen. Die SVP hat in der kommenden Legislatur viele Präsidien in Kommissionen, was erfreulich ist. Es war ein kurzweiliger Morgen und guter Start der neuen Legislatur. Nach einem Apéro über Mittag folgte die Fraktions-



Die SVP-Fraktion startet gestärkt in die neue Legislatur.

Bild: Nina Fehr Düsel

REDE ZUR NEUEN LEGISLATUR IM KANTONS RAT

Herrschaft und Verantwortung im Spiegel der Zeit

Zur Eröffnung der neuen Legislatur des Kantonsrates war es Bernhard im Oberdorf als ältestem, aber zugleich neuem Ratsmitglied vorbehalten, die Wahl des neuen Präsidiums durchzuführen und eine Eröffnungsrede zu halten, die nachstehend publiziert wird.



Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Regierungsräsident, sehr geehrte Mitglieder des Regierungsrates, liebe Gäste, Verwandte und Familien auf der Tribüne.

Es ist durchaus eine interessante Aufgabe, mit einer kleinen Rede zur Eröffnung der Legislatur des Zürcher Kantonsrates beitragen zu dürfen. Mit Blick auf den Eröffnungs-Gottesdienst zum Thema «Künstliche Intelligenz» mit den computergestützten Ansprachen seien sie versichert, dass ich meine selber geschrieben habe. Eine besondere, hier nicht zu erläuternde Konstellation brachte es mit sich, dass ich dies vor Jahresfrist bereits als amtsältestes Mitglied des Stadtzürcher Gemeinderates tun durfte.

Ausprägungen von Herrschaftsformen

In einer Zeit, in welcher sich autoritäre Systeme auszubreiten drohen, ist es dringlich, sich mit den demokratischen Institutionen auseinanderzusetzen: Mit den Formen der Herrschaft und ihren Zusammenhängen wie auch mit der Verantwortung, die uns gerade in demokratischen Institutionen begegnet.

Aktuell interpretiert werden können somit die Herrschaftsformen, wie sie schon von Aristoteles geprägt wurden; die Machtausübung durch Einzelne, Mehrere oder Viele: Bei der Einzelherrschaft handelt es sich im Kontext der Zeit von Aristoteles um die Tyrannei als negative und um die Monarchie als positive Ausprägung, bei der Herrschaft von mehreren um die Oligarchie als schlechte und die Aristokratie

als positive Ausprägung; bei der Herrschaft von Vielen um die Demokratie als helle und die Ochlokratie, auch Herrschaft des Pöbels genannt, um die düstere Form.

Die Monarchie gibt es kaum noch, in Europa ohne wirkliche Herrschaft als konstitutionelle Monarchie im Umfeld einer Demokratie, die Tyrannei hingegen breitet sich zunehmend aus, wenn sich Demokratien, teilweise auch mit Wahlmanipulationen, zu Demokratien oder Theokratien wandeln. Tyrannen gibt es in letzter Zeit immer mehr.

Die Aristokratie hat ihren Niedergang gefunden, als der Imperativ «Noblesse oblige» verloren ging, es breiten sich dafür immer mehr die Oligarchien aus; diese müssen nicht immer in der Welt der Finanzen und der Wirtschaft zu suchen sein, sondern auch in einem demokratisch nie legitimierten Feld von Herrschern über soziale Medien.

Der Demokratie als der Form, die unseren westlichen Werten am ehesten entspricht, steht aber mit der Ochlokratie ein destruktiver Konkurrent gegenüber. Mit Pöbel sind heute nicht nur Krawallanten, Hooligans, Rowdies und gewalttätige «Casseurs» gemeint, die kaum mehrheitsfähig werden, sondern auch nicht gewalttätige manipulierte Massen in Staaten, in welchen Staatspropaganda und Manipulationen in sozialen Medien die Meinungsbildung in wesentlichen Teilen beherrschen, Staaten auch, in denen jede Opposition neutralisiert wird.

Die wirkliche Gefahr wird deutlich, wenn sich Ochlokratie, Oligarchie und Tyrannei auf der negativen Seite verbinden, gegenseitig unterstützen und so durchsetzen könnten. Das ist dann ähnlich, wie wenn die Liberalen die Intoleranz tolerieren und Gefahr laufen, sich damit selbst aufzugeben. Dagegenhalten kann die Stabilität von Demo-

kratien, welche sich dem qualitativen Sprung ins Negative widersetzt.

Formen der Verantwortung

Da kommen wir aber zu der Differenzierung der Ethik nach Max Weber in eine Gesinnungs- und in eine Verantwortungsethik. Während sich eine Gesinnungsethik radikal an bestimmen Normen orientiert und damit eine Tendenz ins Fundamentalistische haben kann, orientiert sich die Verantwortungsethik an den Folgen des eigenen Handelns; sie kann dann durchaus im Spannungsfeld zur Gesinnungsethik stehen. Damit ist aber die Schuldfrage nicht geklärt: Vor der Schuld an verheerenden Folgen eigenen Handelns und Entscheidens kann auch der Sprung in die Gesinnungsethik nicht retten; dies wird, wenn überhaupt, dann höchstens die Geschichte irgendwann in der Zukunft beurteilen.

Normandie als konkretes Beispiel

Wenn dies abstrakt erscheint, sei es an einem geschichtlichen Ereignis kurz illustriert: Wäre die Invasion in der Normandie im Juni 1944 gescheitert, hätte dies katastrophale Folgen für Souveränität, Freiheit und Menschenrechte haben können. Diese Landung scheiterte auch deshalb nicht, weil die deutschen Truppen falsch standen.

Wenn nun der als Wüstenfuchs legendäre Erwin Rommel (anders als in traditionellen Geschichtsschreibungen) seine Divisionen als während seiner Abwesenheit bewusst begangenen strategischen Fehler falsch stationiert hätte, dann hätte er zweifellos gegen eine an der Nazi-Herrschaft orientierte Gesinnungsloyalität verstossen, die Verantwortungsethik aber wahrgenommen. Elf Monate später war der Krieg zu Ende: vor genau 78 Jahren.

Die Rückschlüsse auf die Gegenwart, meine Damen und Herren, vermögen Sie selber zu ziehen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Dünnes Eis



Martin Hübscher
Kantonsrat SVP
Bertschikon

Das neu gewählte Kantonsparlament hat gemäss Gesetz über die politischen Rechte (GPR) die Aufgabe, die Wahlen, für welche die wahlleitende Behörde – in diesem Fall der Regierungsrat – zuständig ist, zu erwahren. Damit wird rechtsverbindlich festgestellt, dass die Wahlen korrekt durchgeführt und die Stimmrechtsbeschwerden korrekt behandelt worden sind. Eine Minderheit aus AL, Grünen und Teilen der SP verlangt eine neue Auslegung des erwähnten Artikels und will damit plötzlich inhaltliche Gründe für die Ablehnung der Erhaltung ins Feld führen, ohne dass eine Stimmrechtsbeschwerde vorgelegen hatte, was sie offensichtlich verpasst haben.

Geschätzte AL und Grüne, damit begehen wir uns auf ganz dünnes Eis. Wo kommen wir hin, wenn wir gewählten Personen plötzlich die Wahl absprechen, nur weil wir deren Meinung oder Verhal-

ten nicht gut finden? Wir haben in der Verfassung den Grundsatz des freien Mandates und des Instruktionsverbotes. Geschätzte Linke, der Kantonsrat ist die Legislative und nicht die Judikative.

Dabei geht es wohlverstanden nicht darum, ob man einen Parteiwechsel als solches und noch in so kurzer Zeit nach einer Wahl gut findet oder nicht. Wir finden das auch nicht gut. Es ist fast so, wie wenn man am Tag der Scheidung gleich wieder heiratet.

Aber darum geht es nicht. Man kann etwas moralisch nicht gut finden, ohne zu moralisieren. Von krassem Rechtsmissbrauch war die Rede. Der Kantonsrat ist kein Gericht und hat nicht zu urteilen, sondern ist für die Gesetze und die Aufsicht über die Regierung zuständig. Geschätzte AL, Grüne und SP nehmen Sie Ihre Funktion als Gesetzgeber ernst und ändern Sie dieses Gesetz. Mit populistischen Anträgen erhascht man zwar Aufmerksamkeit, trägt aber wenig zu konstruktiven Lösungen bei.

Die SVP steht für die Gewaltenteilung und die freie Meinungsäusserung als wichtige Grundpfeiler in unserer Demokratie: Ganz im Sinne der SVP «für Freiheit und Sicherheit».

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER SVP STADT ZÜRICH

Die «richtige» Wissenschaft: Ein politisches Instrument progressiver Kreise

Eine neue Schweizer Studie zeigt: Viele Studentinnen wollen keine Karriere an der Universität, sondern einen erfolgreichen Mann. Dabei fing alles harmlos an. Zwei renommierte Forscherinnen haben von der Universität Zürich den Auftrag erhalten, zu untersuchen, weshalb Frauen in akademischen Spitzenpositionen stark untervertreten sind.

Dabei wurden 10000 Studierende über ihre Ansichten zu Karriere, Familie, Partnerschaft und Diskriminierung befragt.

Als erstes Medium berichtete die SonntagsZeitung über die Resultate, die wie folgt zusammengefasst wurden:

1. Der wichtigste Grund für die fehlenden Frauen in Spitzenpositionen an der Universität sind nicht etwa Diskriminierung oder erschwerte Bedingungen für Mütter, wie oft gesagt wird, sondern dass viele Studentinnen keine oder nur geringe Karriereambitionen haben.
2. Ihr Familienbild ist nach wie vor eher konservativ geprägt: Tendenziell bevorzugen sie einen Partner, der älter und erfolgreicher ist als sie.
3. Wenn Kinder da sind, wollen sie Teilzeit arbeiten, der Mann soll Vollzeit für das Haupteinkommen sorgen.

Die Ergebnisse dürften wohl bei sämtlichen Gleichstellungsbüro für kollektives Entsetzen gesorgt haben. Entsprechend folgte von «progressiver» Seite ein regelrechter «Shitstorm». In diversen Beiträgen werden die Studienautorinnen diffamiert und ihnen wird jegliche Qualifikation abgesprochen. Dabei handelt es sich bei den Professorinnen Osterloh und Rast um renommierte und mehrfach publizierte Wissenschaftlerinnen. Ihre Reputation und Qualifikation stehen ausser Frage.

Neben den persönlichen Diffamierungen werden die Ergebnisse pauschal als unwissenschaftlich betitelt. Ein solches Verhalten ist nicht nur inakzeptabel, sondern offenbart die Beziehung progressiver Kreise zur Wissenschaft. An dieser Stelle ist zu bemerken: Nur wenige der Kritiker dürften die Studie persönlich gelesen haben, denn diese ist überhaupt noch nicht publiziert. Damit machen sich die Gegner aber weit mehr als nur lächerlich. Sie zeigen, dass es eine «richtige» und «falsche» Wissenschaft gibt. Richtig ist es, solange das eigene Weltbild bestätigt wird.

Dieses Phänomen ist nicht neu. Sowohl bei der Covid-Forschung als auch beim Klimawandel werden Wissenschaftler «gecancelt», die Fragen aufwerfen und andere Thesen aufstellen. Dem liegt eine zutiefst politisch motivierte Strategie zugrunde: Es darf nur die eine «richtige» Wissenschaft geben. Damit liefern sich progressive Kreise selbst ein Totschlagargument für jede Diskussion. Wem die Worte «das sagt die Wissenschaft» über die Lippen kommen, der segnet sich damit selbst mit der Allwissenheit. Das ist töricht und zeugt nur von mangelnder Kompetenz.

Leidtragende dieses Phänomens sind diese Woche die zwei Professorinnen. Ernüchternd dürfte auch die Tatsache sein, dass bei der Publikation der Studie kein Kritiker seine Fehler einsehen wird – denn die Ergebnisse passen nicht in die eine «richtige» Wissenschaft.



von
Camille Lothe

Erfolgreich werben
im «Zürcher Bote» und «Zürcher Bauer»

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Verschärfung der Asylkrise trotz weniger Ukraine-Flüchtlingen – Die falsche SP-Asylpolitik belastet die Gemeinden

Der Entscheid von Fällanden, eine Turnhalle zulasten der Kinder in eine Notunterkunft umzuwandeln, ist die logische Folge der falschen Asylpolitik. Die Verantwortung dafür liegt beim Bund. Die Gesetze müssen endlich umgesetzt und die Asylverfahren ins Ausland verlegt werden.

Für die SVP kommt der Entscheid der Gemeinde Fällanden, die Benglen-Turnhalle in eine Notunterkunft umzuwandeln, leider nicht überraschend. Seit Jahren warnen wir vor dem Asylchaos. Sofern jetzt keine bitter nötigen Reformschritte angepackt werden, wird sich die Situation noch verschlimmern. Unter der falschen, von linken Utopien gelenkten Asylpolitik leiden wir alle: zuerst die sozial Schwachen, die aus ihren Wohnungen vertrieben werden, dann die Eltern und Kinder, die keinen Sport mehr betreiben können und die sinkende Schulqualität direkt zu spüren bekommen, und schliesslich auch alle anderen. Wir müssen die rasante Abnahme unserer Lebensqualität sofort stoppen!

Asylchaos hat nichts mit Ukraine-Krieg zu tun

Die Situation ist alleine Folge der falschen Asylpolitik des Bundes und nicht des Ukraine-Krieges. Die Ukraine-Flüchtlingskrise hat ihren Höhepunkt voraussichtlich bereits überschritten und gewisse Ukraine-Flüchtlinge befinden sich bereits auf der Rückreise. Das Problem ist der Missbrauch des Asylverfahrens für die Masseneinwanderung aus wirtschaftlichen Gründen. Unter SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga und ihrer Nachfolgerin Elisabeth Baume-Schneider hat diese unerträgliche Ausmasse angenommen.

Und die Linken und ihre vermeintlich bürgerlichen Helfer machen nichts, um die Situation zu verbessern – im Gegenteil! Sie haben die Möglichkeiten, um in der Schweiz eine dauerhaf-

te, staatlich alimentierte Bleibe zu finden, in den letzten Jahren ständig erweitert – gegen den Widerstand der SVP. Ende 2022 lebten bereits 45 000 «vorläufig Aufgenommene» trotz abgelehntem Asylgesuch in der Schweiz.

Diese «vorläufig Aufgenommenen» haben das Recht, ihre Familien in die Schweiz nachzuholen. Aus einer illegal eingewanderten Person kann so schnell eine Grossfamilie werden. Vorstösse der SVP, um dieses Problem zu lösen, wurden abgeschmettert. Man hat sogar die Drei-Jahres-Frist für den Familiennachzug aus dem Ausland ohne demokratische Grundlage weiter verkürzt. SVP-Kanton-Zürich-Vizepräsidentin Antia Borer stört sich daran: «Diese Wartefrist-Verkürzungen bedeuten konkret: Es lassen sich immer mehr Menschen ohne jeglichen Fluchtgrund in der Schweiz nieder – und dies immer schneller. So stellt sich die Linke die Zukunft der Schweiz vor: Zersiedelt und voll mit Menschen, die keinen Bezug zur Schweiz und unserer Kultur haben. Die wirtschaftliche und politische Destabilisierung ist absehbar.»

Bund verantwortlich, nicht Gemeinden

Die Schuld liegt nicht bei den Gemeinden. Sie sind die Leidtragenden, denn auf sie werden die Fehler der falschen Asylpolitik des Bundes abgewälzt. Durch die Erhöhung der Asylquote auf 1,3 Prozent werden die Gemeinden in eine Zwangslage versetzt – und ein Ende ist nicht in Sicht. Was ist der nächste Schritt? Soll im Herbst die

Asylquote auf 1,7 Prozent, im Frühling auf 2,1 Prozent und so weiter erhöht werden? Die linke Asylpolitik hat einen Totalschaden erlitten und ist nicht nachhaltig. Die Probleme im Asylwesen sind nämlich nicht konjunkturell, sondern strukturell.

SVP fordert: Asylverfahren müssen ins Ausland

Die SVP des Kantons Zürich fordert, dass dieser Asylwahnsinn unverzüglich gestoppt wird. Unser Ständeratskandidat Gregor Rutz hat in der Staatspolitischen Kommission konkrete Vorschläge gemacht, um die Situation rasch zu verbessern. Asylverfahren sollen künftig ins Ausland verlagert werden – wie es z.B. Dänemark und andere Länder bereits erfolgreich vorzeigen. Dies ist nicht nur für die Schweiz die beste Lösung, sondern auch für die Auswanderer, die nicht mehr in die Fänge von Schlepperbanden geraten und den tödlichen Weg über das Mittelmeer wagen müssen.

Anita Borer sieht noch mehr dringenden Handlungsbedarf: «Gleichzeitig müssen die geltenden Ausländergesetze endlich konsequent angewendet und Ausweisungen vollzogen werden.

Flüchtlinge, welche aufgrund von erhofften besseren wirtschaftlichen Lebensumständen in die Schweiz gelangen, müssen unverzüglich in ihre Heimatländer zurückgewiesen werden.»

Die Schweiz, und insbesondere der Bundesrat, sind nun in der Pflicht: Die Schweizer und auch Zürcher Bevölkerung müssen wieder erste Priorität im Handeln der Politik werden!

AM ABGRUND

Klimakleber will Pass

Es gibt nichts, wofür sich gewisse Menschen nicht zu schade sind. Einer der österlichen klebenden Klima-Krawallanten vom Gotthard will den Schweizer Pass.

rw. «Mir ist die politische Partizipation verwehrt. Ich bin Deutscher.» So lässt sich der 34-jährige Moritz Bischof in der linken «Republik» zitieren. Der kriminelle Gotthard-Blockierer, der sich bestimmt auch schon in Deutschland politisch betätigt hat, hat die Vorzüge der Schweiz erkannt. Wohl auch, weil seine grünen Kumpane und Kumpaninnen Deutschland an den Abgrund führen. Bei den Klima-Klebern tun sich auch menschliche Abgründe auf.

Kein Drang zur Fortpflanzung

So schrieb die «Weltwoche» über Leute aus dem Umfeld: «Das wahre Problem für das Klima ist unser Drang zur Fortpflanzung. Ohne Nachwuchs gibt es früher oder später auch niemanden mehr, der unnötig CO₂ produziert.» Vor Gericht in Regensburg gestand jetzt eine sogenannte «Klimaaktivistin» der «Letzten Generation», dass sie sich wegen des Klimas hat sterilisieren lassen.

Ein Kleben-Leben

Wie recht sie doch hat! So sterben diese Klimasektierer automatisch aus. Sie müssen dann auch keine Einbürgerungsgesuche stellen und bleiben damit wirklich ihre «Letzte Generation».

Die Angst vor der Zukunft ist bei diesen Klebern nahezu greifbar. Vielleicht wäre ihr Leben schöner, wenn es weniger grün-sozialistisch und auch weniger kriminell wäre ...

SVP SEKTION SEEN

Stabsübergabe nach verdienter Dienstzeit

Es freut mich sehr, euch allen mitteilen zu dürfen, dass die SVP Sektion Seen gestern Abend, anlässlich der ordentlichen Generalversammlung, Jan Ehrbar einstimmig zum neuen Sektionspräsidenten gewählt hat.

Mit grosser Genugtuung und Freude übergebe ich nach 16 Jahren das Präsidium an meinen jungen Nachfolger. Jan Ehrbar hat mich in den letzten Jahren bereits als Vizepräsident stets tat-

kräftig unterstützt. Jan Ehrbar ist 30-jährig, von Beruf Gärtner und Landwirt und hat an seinen ersten Kantonsratswahlen dieses Jahr bereits einen beachtlichen Erfolg einfahren dürfen.



René Isler und sein Nachfolger Jan Ehrbar.

Bild: ZVG

WEITERE ANLÄSSE

Politischer Anlass der Versicherungsindustrie mit SVP-Präsenz

Am Transfer-Anlass der Versicherungswirtschaft in Bern in der Welle7 trafen sich vergangene Woche auch die Mandatsträger der SVP. Organisiert wurde der Anlass seitens Avenir Suisse und Mobiliar.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küsnacht

Mobilität der Zukunft, wobei das Thema Schienen- und Autoverkehr sowie verschiedene Zukunftslösungen diskutiert wurden.

Nach einem Schlusswort von Damian Müller, Ständerat Kanton Luzern, trafen sich die Amtsträger aus allen verschiedenen Ebenen zum Networking Lunch. Auch die SVP war mit ihren Amtsträgern an diesem Anlass der Versicherungswirtschaft sehr gut vertreten.

Politische Amtsträger aus allen Parteien der Versicherungsunternehmen Swiss Life, Zurich, Swiss Re, Mobiliar, Baloise, Helvetia und AXA trafen sich zum Austausch in Bern.

Nach einem Einstiegsreferat von Michèle Rodoni, CEO von Die Mobiliar, folgte ein Referat von Peter Grünenfelder, Direktor der Avenir Suisse, zum Thema «Ist die Schweiz fit für die Zukunft?».

Danach trafen sich alle Mitarbeiter zu vier verschiedenen interaktiven Breakout-Sessions zum Thema Bildung und Fachkräftemangel, Gesundheit, Nachhaltigkeit im Energiekontext und Gemeindeautonomie. Zuletzt folgte eine Podiumsdiskussion zum Thema



v.l.n.r. Marcel Balmer, Simone Akermann, Nina Fehr Düsel, Beni Fischer.
Bild: ZVG



Kantonale Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier» Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!

Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch



UNTERSCHIEDLICHE ANSICHTEN ZUR LITTERING-BEKÄMPFUNG

Littering – oder wenn Föderalismus zur Blockade führt

Letzte Woche beschloss der Nationalrat die Einführung von Bussen für das Littering. Die Mehrheit der SVP-Parlamentarier lehnte die Vorlage ab. Für die Ablehnung machten sie föderalistische Gründe geltend. Das Littering sei zwar eine grosse Belastung, jedoch eindeutig eine kantonale Angelegenheit und es brauche kantonal angepasste Lösungen, argumentierten sie. Kantonsrätin Christina Zurfluh, die sich seit Langem für eine Erhöhung der Bussen für Littering einsetzt, kritisiert diesen Entscheid.



Christina Zurfluh
Kantonsrätin SVP
Wädenswil

Littering ist ein grosses Problem in Gemeinden, im Kanton, welches nicht nur die Umwelt verschmutzt, sondern auch negative Auswirkungen auf das allgemeine Wohlbefinden der Bevölkerung hat. Trotz zahlreichen Kampagnen und umfangreichen Aufklärungsmassnahmen zeigt sich das Problem unvermindert und «plopt» alljährlich intensiviert auf, just zusammen mit den ersten Frühlingboten.

Littering hinterlässt grossen Schaden

Es ist enttäuschend, zu sehen, wie Menschen ihren Müll einfach auf die Stras-

se werfen oder ihn in der Natur zurücklassen, anstatt ihn ordnungsgemäss zu entsorgen. Diese unverantwortlichen Verhaltensweisen schaden nicht nur der Umwelt, sondern beeinträchtigen auch das ästhetische Erscheinungsbild und somit das Image einer ganzen Region, ja der ganzen Schweiz. Zusätzlich zur Verschmutzung können herumliegende Abfälle auch ein Sicherheitsrisiko darstellen, insbesondere für Kinder und Tiere.

Kantone bringen keine Lösungen

Die Kantone weiter werkeln zu lassen und auf den Föderalismus zu pochen, ist hier nicht mehr zielführend, da diese offensichtlich überfordert sind. Seit Jahren gibt es keine griffigen Lösungen, und es sind keine Verbesserungen auszumachen, im Gegenteil: immer mehr Menschen, immer mehr Littering, immer mehr Ohnmacht. Es

gibt offensichtlich nur Lösungs-Blockaden und Resignation in Form von immer mehr Personal der öffentlichen Hand – berappt von den Steuerzahlenden – welches sich in den frühesten Morgenstunden um sämtliche Rückstände der Gesellschaft kümmert, anstatt die Ordnung in den Vordergrund zu stellen und darauf hinzuwirken, dass sich im öffentlichen Raum alle wohlfühlen können.

Es ist an der Zeit, dass Behörden auf Stufe Bund und Kanton zusammenarbeiten, um das Littering-Problem gemeinsam anzugehen. Sei es mit Empfehlungen und/oder rechtlichen Grundlagen (Mindestbussen, generell härtere Strafen für Umweltverschmutzer, verbesserte Infrastruktur für die Abfallentsorgung usw.). Zusammengefasst: Es braucht hier eine Koordination zwischen Bund und den Kantonen. Die heillos überforderten Kantone werden es zu danken wissen.



Herumliegender Abfall schadet nicht nur der Umwelt, sondern auch unserem Wohlbefinden.

Bild: Wikipedia

STROMFRESSERGESETZ

Bundesratsauftrag

«Ist eigentlich der neue Energieminister Albert Rösti plötzlich auch für das Stromfressergesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen?»



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

So werde ich oft gefragt. Die Antwort ist klar: Schon vor dem Eintritt in den Bundesrat hat Rösti mit Überzeugung dargelegt, dass mit diesem Gesetz die Energiekosten pro Person und Jahr von 3000 auf 9600 Franken steigen würden – und es zur «Retung» des Klimas nicht das Geringste nützt.

Aber ebenso klar ist, dass Bundesrat Rösti mit der Wahl in den Bundesrat einen neuen Auftrag erhalten hat! Als Mitglied einer Kollegialbehörde darf er gegen aussen nicht mehr seine eigene Meinung kundtun, sondern muss jene des Bundesrates vertreten.

Ich kann das gut nachvollziehen, denn ich musste im Bundesrat auch Geschäfte vertreten, die ich falsch fand. Aber als Mitglied der Landesregierung hatte ich den Auftrag, das Gegenteil zu sagen. So hatte ich als Justizminister ein Ja zur Ausweitung der EU-Personenfreizügigkeit zu empfehlen, obwohl ich vom Gegenteil überzeugt war.

Beim verfehlten Entwurf eines neuen Asyl- und Ausländergesetzes konnte ich hingegen Verwaltung und Bundesrat überzeugen, dem Parlament eine neue Vorlage vorzulegen.

Mein Auftrag des Bundesrats und meine Überzeugung waren deckungsgleich!

Selbstverständlich versuchen jetzt die Befürworter des verfehlten sogenannten Klima-Gesetzes, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen und Bundesrat Rösti auf ihre Seite zu ziehen. Oder sie tun krampfhaft alles, um aufzuspüren, ob er nicht ein «falsches» Wort sagt. Die wahren Falschspieler sitzen im Parlament, haben sie doch der Vorlage im letzten Moment den verlogenen Titel «Klimaschutz, Innovation und Stärkung der Energiesicherheit gegeben».



Als Bundesrat muss Albert Rösti auch Vorlagen verteidigen, die er ablehnt.
Bild: Wikipedia



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerbler werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!



Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch

Einladung zum Polit-Lunch



Thema:
«Das Stromfresser-Gesetz und seine Folgen»

mit Nationalrat Alfred Heer

Geschäftsprüfungskommission NR / Subkommission EJPD / BK Präsident



WANN:
Mittwoch,
24. Mai 2023
11.45 bis 14.00 Uhr

PROGRAMM:
11.45 Uhr Apéro
12.00 Uhr Mittagessen
13.00 Uhr Referat
13.30 Uhr Diskussion

WO:
Hotel Restaurant Sonental
Sonentalstrasse 25
80600 Dübendorf

KOSTEN:
30.00 Fr. pro Person (zahlbar vor Ort)
Apéro, 2-Gang-Menu
- Das Menu wird vom Chef zusammengestellt
- Getränke werden zusätzlich verrechnet

Parkmöglichkeiten: Genügend Parkplätze vor dem Restaurant vorhanden.
ÖV: Von Bahnhof Stettbach Bus- Nr.: 744 / 752 und 754.

Besten Dank für Ihre Anmeldung bis Montag, 22. Mai 2023
an: (bitte bei Menu-Wahl angeben: Fleisch oder vegetarisch)

liebi@schweizerzeit.ch
Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach, Tel: 052 301 31 00

Alle sind herzlich willkommen!
Ihre SVP des Kantons Zürich

Der Polit-Lunch wird im Auftrag der SVP des Kantons Zürich von der Schweizerzeit organisiert.
SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66

Fadegrad



von
Maria Wegelin

Kulturelle Aneignung – ein Gedankenspiel

Laut Wikipedia bedeutet «kulturelle Aneignung», wenn Träger einer «dominanteren Kultur» Kulturelemente einer «Minderheitskultur» übernehmen und sie «ohne Genehmigung, Anerkennung oder Entschädigung» in einen anderen Kontext stellen. Dies führt mich zur Frage, warum nun beispielsweise Männer, die sich als Frau fühlen, als Frau auftreten dürfen? Da Männer noch immer als dominant gelten, dürften sich Männer demzufolge nicht als Frauen ausgeben. Schon gar nicht ohne Genehmigung, Anerkennung oder Entschädigung der Frauen. Weiter kann man im Wikipedia-Eintrag lesen, dass kulturelle Aneignung immer dann thematisiert wird, wenn die übernommenen Kulturelemente einer Minderheit angehören, die als sozial, politisch, wirtschaftlich oder militärisch benachteiligt gilt. Wo also bleibt der Aufschrei der Feministinnen? Warum wehren sie sich nicht dagegen, dass sich Männer als Frauen ausgeben und sich einer Geschlechtsumwandlung unterziehen lassen dürfen? Bei kultureller Aneignung würden zudem die übernommenen Bestandteile kultureller Identität zur Ware gemacht und damit vereinfacht. Heisst in mein Beispiel übersetzt, dass die Frau (wieder) zur «Ware» verkommt (was «frau» seit der Emanzipation ja eigentlich bekämpft!). Das ist nur eins unter vielen Gedankenspielen, die man gar nicht zu Ende denken darf respektive kann. Es ist wie eine optische Täuschung wie das Bild «Relativität» von M.C. Escher mit den Treppen. Der Name des Bildes kann treffender nicht sein. Relativität ist eine Eigenschaft einer Erscheinung, die nur unter gewissen Umständen Gültigkeit hat. Sprich, wenn Kinder sich an der Fastnacht temporär als Indianer verkleiden wollen, wird der moralisierende Zeigefinger erhoben, wenn sich aber ein Mann dauerhaft in eine Frau umwandeln lassen will, wird dies geduldet, bejubelt, gefördert und von der öffentlichen Hand sogar getragen, ob man das will oder nicht. Warum ist das eine (Dauerhafte) ok, das andere (Temporäre) aber moralisch verwerflich? Hat das nicht ein bisschen mit Realitätsverlust zu tun? Realitätsverlust beschreibt den geistigen Zustand einer Person, welche nicht (mehr) in der Lage ist, die Situation, in der sie sich befindet, zu begreifen. Doch manchmal frage ich mich, ob vielleicht ich unter Realitätsverlust leide. Wie kann man eine Treppe aufsteigen und sich trotzdem nach unten begeben? In meiner Realität ging das bisher nur in einer Illusion, wie Escher sie darstellt. In der Realität darf so etwas nicht möglich sein. Und doch, die gleichen Leute, die kulturelle Aneignung, Cancel Culture und Gendern grosschreiben, verkaufen ihre Illusionen als Realität. Albert Einstein scheint recht zu haben, denn er sagte einst: «Die Realität ist nur eine Illusion, wenn auch eine sehr hartnäckige.»

Bevorzugungen und Vitamin B

Die Mieten in Zürich steigen rapide. Der städtische Wohnraumfonds, über den wir am 18. Juni 2023 abstimmen werden, wird aber nur 1 Prozent der Bevölkerung einen Vorteil bringen. Für die anderen 99 Prozent aber zusätzliche Kosten und höhere Mieten verursachen.



Martin Götzl
Gemeinderat SVP
Zürich

Noch schneller steigende Mieten

Die Stadt Zürich will mit 300 Millionen Franken einen städtischen Wohnraumfonds aufbauen. Das mag für viele verlockend klingen. Das Problem ist, das Geld wird aber nicht investiert, sondern es wird verschenkt. Das Geld geht in der Form von «Abschreibungsbeiträgen» an Organisationen, die sich Wohnraum eigentlich nicht leisten können, aber dies dank einem Geschenk von der Stadt dann eben doch können. Das heisst, der Immobilienmarkt der Stadt wird mit weiteren 300 Millionen angeheizt.

Marktregulierende Verbilligungen haben aber kollaterale Nebenwirkungen. Sie führen zu falschen Anreizen bei privaten Investoren. Dass der Wohnungsmarkt nicht gerechter sein wird, ist nachgewiesen.

Symptome und Ursachen

Seit der Personenfreizügigkeit (2002) haben die Mietpreise um 40 Prozent zugelegt. Per 1.06.2022 standen in der Stadt Zürich lediglich 161 Wohnungen leer. Das ist eine Leerwohnungsziffer von 0,07 Prozent. Im selben Jahr wuchs die Bevölkerung Zürichs im hohen, vierstelligen Bereich wegen der verfassungswidrigen Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Gleichzeitig wuchs das Wohnungsangebot lediglich dreistellig.

Der nachgewiesene Kostentreiber ist das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage. Die Lösung liegt vor. Es gilt, die Ursache der überhitzten Wohnmietenpreise anzupacken, indem das unnatürliche Bevölkerungswachstum gestoppt wird.

Zu wenige profitieren

Wer profitiert denn von dem mit 300 Millionen geöffneter Wohnraumfonds? Gemeinnützige Wohnbauträger oder die Stadt Zürich können mit Beiträgen aus dem Fonds dann Liegenschaften erwerben. Eine Genossenschaft zahlt also nur einen Teil des Kaufpreises und die Stadt schenkt den

Rest dazu. Es profitieren am Ende jene, die das Glück haben, in einer so gekauften Wohnung zu wohnen.

Da der Unterstützungsbeitrag circa 150 000 Franken pro gekaufte Wohnung ausmachen wird, können mit den 300 Millionen ungefähr 3000 Haushalte profitieren. Das ist nur gerade 1 Prozent der Bevölkerung. Das bedeutet, während lediglich 1 Prozent vom Wohnbaufonds profitiert, werden die restlichen 99 Prozent dafür mit höheren Mieten zahlen.

Die Falschen profitieren

Aber ist es denn nicht schön, wenn wenigstens ein Prozent profitiert und

eine langfristig preiswerte Wohnung erhält? Nein! Denn die 300 Millionen werden verschenkt, ohne dass überprüft wird, wer am Schluss in diesen Wohnungen lebt.

Zwar gilt bei städtischen Wohnungen ein Mietreglement, welches minimale Kontrollen vorsieht. Aber bei den Genossenschaften gibt es diese Kontrolle nicht. Es gibt weder Vermögens- noch Einkommenslimiten. Und schon gar keine Kontrolle.

Es werden also letztlich Menschen von städtischen Beiträgen profitieren, die das überhaupt nicht nötig haben. Denn die Beiträge aus dem Wohnraumfonds gehen nicht an benachteiligte Gruppen, ärmere Familien, ältere Menschen oder Studenten. Sie gehen an jene, die das Glück und/oder das Vitamin B haben, eine städtische Wohnung zu ergattern.

Zweiklassengesellschaft

Wie kann man rechtfertigen, dass einzelne Haushalte der Stadt Zürich 100 000–150 000 Franken «geschenkt» bekommen – und die anderen nicht? Und wieso sollten Personen mit guten Beziehungen im Genossenschafts-Umfeld grössere Chancen haben auf diesen Jackpot? Je mehr man die Mieten künstlich verbilligt, desto höher wird die Nachfrage. Je mehr Geld die Stadt aufwendet, um gewisse Leute zu privilegieren, desto grösser wird das Problem für den Rest. Deshalb ist dieser Wohnraumfonds ungerecht und unsocial.

Luxussozialisten und Genossen/innen; Wohnen mag als Menschenrecht gelten. Ein Menschenrecht auf eine schicke Altstadtwohnung zum Schnäppchenpreis gibt es jedoch nicht.

Der Wohnraumfonds ist keine Lösung – und er ist auch kein Teil einer Lösung. Er ist Augenwischerei und ein Teil des Problems!



Innenhof der Genossenschaft Kalkbreite. Bild: Judith Haller/Baugeschichtliches Archiv

AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

Die nationalen Themen tangieren auch Dietikon

Der Bevölkerungszuwachs ist einer von mehreren Gründen, die den Neu- und Ausbau der Schule nötig machen. Zudem mangelt es auch in der Stadt Dietikon an Wohnraum. Doch statt die Einwanderung anzugehen, möchten die Linken auch in Dietikon Wohnraum subventionieren.



Konrad Lips
Fraktionspräsident/
Gemeinderat SVP
Dietikon

An der letzten Gemeinderatssitzung hatten wir die Fragestunde, die zweimal im Jahr stattfindet. Es waren 36 Fragen eingegangen. 30 konnten in dieser Stunde durch den Stadtrat beantwortet werden. Fragen wurden zu verschiedenen Anliegen gestellt wie Strassenverkehr, Littering, Recyclinghof Limeco, Schule und Entwicklung eines Platzes. Nach der Fragestunde standen die anderen Geschäfte an.

Dringende Erneuerungen beim Schulhaus Wolfsmatt

Zuerst war der Kreditantrag für den Aus- und Erweiterungsbau des Schulhauses Wolfsmatt an der Reihe. Dieses Schulhaus wurde im Jahr 1962 gebaut und entspricht nicht mehr den heutigen Standards aus unterschiedlichen Gründen. Um einige zu nennen: In Sachen Erdbebensicherheit, Energieeffizienz, Gebäudeschadstoffe, baulicher Brandschutz und Hindernisfreiheit muss die Anlage nachgerüstet werden. Zudem haben sich die betrieblichen-pädagogischen Ansprüche an die Schulanlage seit 1962 wesentlich verändert. Auch steigt die Schülerzahl in Dietikon stetig an und die Schule muss daher erweitert werden. Die ganze Erneuerung und der Neubau kosten 87 295 700 Franken. Davon sind schon 3 922 954 Franken ausgegeben. Der Kre-

ditantrag wurde vom Rat angenommen. Der Rat hat erkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Im Herbst 2023 wird der Kreditantrag dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

Streitfrage: Wohnraum in Dietikon

Dann ging es weiter in den Traktanden. Ein Postulat betreffend die Bewaffnung privater Sicherheitsdienste wurde ohne grosse Emotionen abgehandelt. Die nächste Interpellation hatte mehr Zündstoff. Sie behandelte die Angebotsmieten in Dietikon. Die Interpellantin Katharina Kiwic (SP) war mit der Ant-

wort des Stadtrats gar nicht zufrieden. Sie findet, dass es viel zu wenig Wohnungen in Angebotsmiete in der Stadt Dietikon gibt und wollte dies mit dieser Interpellation belegt haben. Die Emotionen gingen hoch während der Diskussion. Die bürgerliche Ratshälfte war mit der Antwort zufrieden und verstand die ganze Aufregung nicht. Ja, Dietikon wird erneuert und es geht preisgünstiger Wohnraum verloren.

Die ganzen Um- und Neubauten kosten Geld und die Mietzinse steigen. Man muss dazu wissen, dass aus dieser Ecke auch noch eine Initiative (Bezahl-

bares Wohnen in Dietikon) lanciert wurde. Diese kommt am 18. Juni zur Abstimmung.

Der Gemeinderat hat zur Initiative einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, die von allen Parteien ausser der SP und der Grünen unterstützt wird. Für die Abstimmung am 18. Juni 2023 wurde bereits ein Komitee gegründet, das den radikalen Vorschlag ablehnt und den Gegenvorschlag des Gemeinderats unterstützt. Man sieht also, dass die nationalen Themen auch Dietikon beschäftigen: Man will günstiger wohnen, mehr Lohn und weniger arbeiten und das alles vom Staat finanziert! Bei den Linken geht leider vergessen, wer der Staat ist, nämlich wir Steuerzahler!



Das Schulhaus Wolfsmatt entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen.

Bild: ZVG

DIE MENSCHLICHEN FÄHIGKEITEN SIND BEGRENZT

Vernunft braucht mehr Demut

Der Begriff «Demit» ist vielen Menschen nicht mehr bewusst. Einst wurde er vor allem von Theologen geprägt. Dies ist aber längst überholt. Heute sprechen zu Recht immer mehr Führungskräfte von Demut.



Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter
Winterthur

Die Erderwärmung und die damit im Zusammenhang stehenden Probleme haben zu einem Aktivismus geführt. Nur der Staat kann unseren Planeten noch retten, wird uns täglich stärker eingetrüfelt. Immer mehr wird versucht, allein das Tun oder Nichtstun der Menschen zu geisseln. Das menschliche Verhalten wird allein verantwortlich gemacht. Allein der Staat kann Abhilfe schaffen. Ein gefährlicher Aktivismus ist weit in traditionell-bürgerliche Kreise verbreitet.

Dem Klimawandel und dessen Bekämpfung wird das ganze Leben untergeordnet. Der Begriff Klimakrise wird gedankenlos durch Klimawandel ersetzt. Derweil wird ausgeklammert oder bewusst verschwiegen, dass es in der Erdgeschichte schon immer längere Perioden mit hohen Temperaturen gegeben hat. Diese wechselten sich mit kälteren Zeiten ab. Es handelte sich um eine natürliche Entwicklung. Diese fand unabhängig und lange vor der industriellen Entwicklung statt; es gab noch keine Autos und keine fossilen Heizstoffe etc.

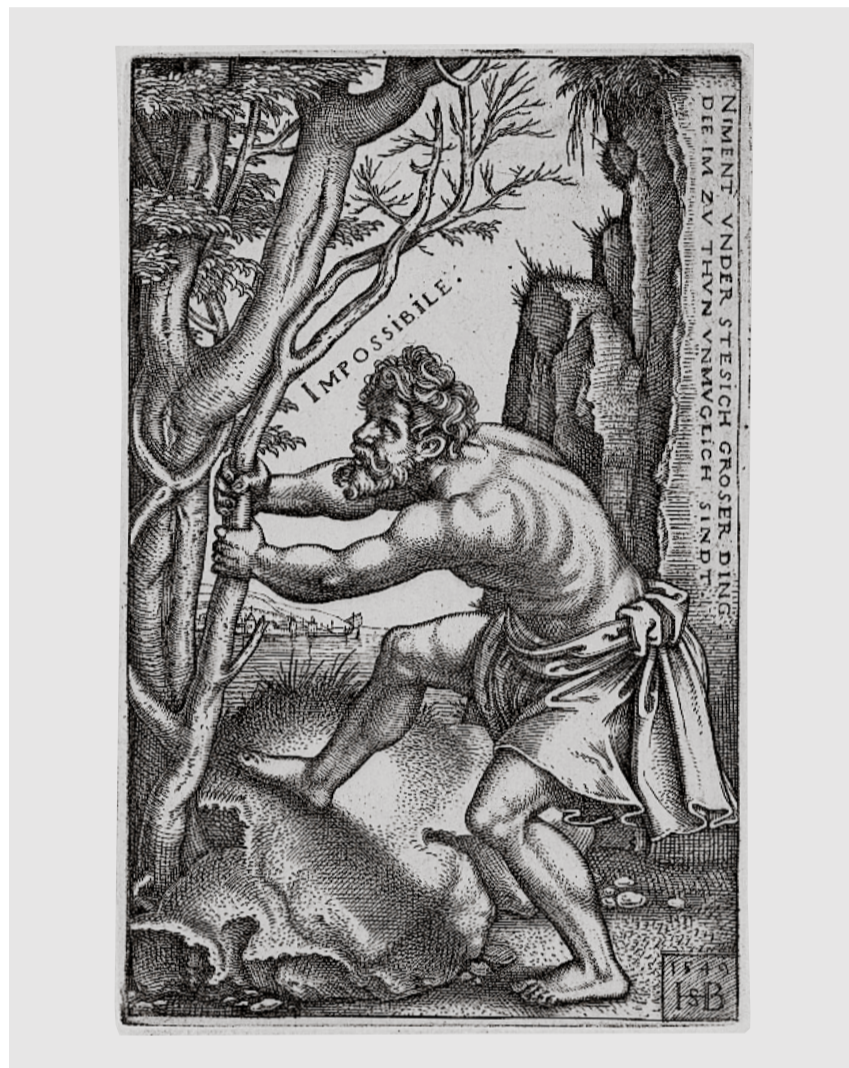
Die menschlichen Fähigkeiten sind begrenzt

Damit wird nicht etwa gelehrt, dass Kohlendioxid, Methan und Lachgas die Atmosphäre beeinflussen. Allerdings sind Treibhausgase ein wichtiger Faktor für das Leben auf der Erde. Sie garantieren eine gewisse Temperatur. Steigt die Konzentration der Gase, erhöht sich die Temperatur auf der Erde. Dies gilt es zu bekämpfen. Hier ist der Mensch gefragt. Hier kann und muss er auch seinen Beitrag leisten.

Jedoch nicht mit dem grassierenden Aktivismus, mit umfassenden staatlichen Verboten, mit unverhältnismässigen Eingriffen in die Freiheit der einzelnen Person, mit freiheitsberaubenden Gesetzen und Verordnungen. Vernunft ist gefordert. Und zwar dringend.

Vernunft heisst aber Demut, nicht Übermut. Nicht Überschätzung der eigenen menschlichen Fähigkeiten. Wir müssen Ehrfurcht gegenüber der Na-

tur zeigen, Ehrfurcht gegenüber der Umwelt, Respekt vor den äusseren Gegebenheiten. Wenden wir diese Erkenntnisse praktisch an. Mit unserem Stimmzettel. Besinnen wir uns darauf, dass der Mensch, dass die Gesetze nicht alles können. Stimmen wir deshalb am 18. Juni 2023 «NEIN» und nochmals «NEIN» zu Gesetzesvorlagen, welche die Demut verachten, unsere Freiheit in seltener Selbstüberschätzung missachten, ins Chaos führen!



Machbarkeitswahn ohne Demut kann schnell in der Katastrophe enden.

Bild: Wikipedia

LESERBRIEF

Blattkritik: «Linke Politik ist eine Bedrohung»

Es lässt sich zur Rechtfertigung der Genderei (welche übrigens weder in der französischen noch italienischen Schweiz existiert!) durch die Zürcher Stadtregierung weder ein anderes Verdikt noch Fazit finden, als dass letztere aus überdotierten, statistisch eh überbezahlten Beamten bestehen muss, welche nichts, aber auch gar nichts Intelligenteres mit ihrer Arbeitszeit anzufangen wissen! Ähnlich gelagert vermisste ich unter dem Titel «200 Franken sind genug!» einmal mehr das schlagende Hauptargument, dass 5500 (!) Vollzeitangestellte und zusätzlich überzählig viele Teilzeit-

und freie Mitarbeiter für schweizweit 17 lokale TV- und Radio-Sender des «Ozeandampfers» SRG krass zu viele sind: Als zweitberuflich Tonstudio-bewandelter Klassik- und Rock-Gitarrist sowie wiederholter SRG-Studios-Besucher darf ich eine realistische Vorstellung dafür in Anspruch nehmen, wie viele Leute für Moderation, Mentoring, Text und Computer-Grafik, Backoffice, Technik, Kameraleute und Assistenten zwecks In- und Ausland-Reportagen, Übersetzungen, Adaptionen, Pannen- und Defekt-Bearbeitungen sowie sämtliche weiter dazugehörenden Tätigkeiten benötigt werden. Bei

entsprechender Hochrechnung gelangte ich dabei für die integrale Schweiz auf 1500, allerhöchstens 2000 Mitarbeitende! Was die restlichen 3500, bzw. 4000 im Glaspalast der SRG Werkelnden tagtäglich zu tun vorgeben, bleibt uns der gebührenpflichtig halbstaatliche Medienkoloss seit Jahrzehnten als aufklärende Antwort schuldig: Alleine dies deutet auf dessen penetrante Verschleierung und Vertuschung hin.

J.P. Reinle, ehemaliger Headhunter für Kommunikationsfachleute und Publizist, Schinznach-Bad AG

LESERBRIEF

Bundesrat plant neue Asylunterkünfte für 132 Millionen Franken

Die Erhöhung der Asylquote auf 1,3 Prozent per 1. Juni treibt die Gemeinden um. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat vorsorglich beschlossen, zusätzliche Plätze für die Flüchtlinge und Migranten zu schaffen. Für diese neuen Unterkünfte werden Kosten von über 132 Millionen Franken budgetiert. Angaben über die gesamten jährlichen Kosten für die Betreuung und Unterbringung für Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge sind das bestgehütete Geheimnis bei Bund und Kanton. Man will die Steuerzahler nicht unnötig erschrecken.

Jährliche Schätzungen belaufen sich auf drei Milliarden Franken und mehr. Dazu passt, dass Bundesrätin Keller-Sutter plant, bei der AHV-Finanzierung Abstriche von jährlich 190 Millionen Franken während fünf Jahren zu tätigen. Die völlig verfehlte Asylpolitik – inklusive des Schutzstatus S mit den Ukrainern – läuft somit weiterhin auf dem Buckel der Bevölkerung ab. Sozialämter kündigen weiterhin Schweizern – wegen Eigenbedarf – die gemeindeeigenen Wohnungen oder die Gemeinden mieten freistehende Privat-Liegenschaften und Wohnungen (die sich offenbar Schweizer leisten können) für Ukrainer. Positiv ist zu vermerken, dass inskünftig Contai-

niersiedlungen für Flüchtlinge für mehrere Gemeinden im Raum Winterthur/Zürcher Oberland eine Option sind.

Warum wurde diese Art der Unterbringung bis heute vernachlässigt? Container oder auch vorübergehend Zivilschutzanlagen sind gemäss Genfer Flüchtlingskonvention nicht verboten. Der Bund wäre auch berechtigt, endlich Auslagerung von Flüchtlingen ins Ausland vorzusehen. Was wird in diese Richtung unternommen?

Viele Bewohner, insbesondere auch ältere, kämpfen mit der Teuerung. Diesen Leuten – die lebenslang ihre Steuern abgeliefert haben – entgeht nicht, dass insbesondere ukrainische Flüchtlinge grosszügig umsorgt werden. Flüchtlinge, die nicht selten mit teuren SUV-Autos und sonst top ausgerüstet, gratis unterwegs sind. Täuscht vielleicht der Eindruck, dass vor allem vermögende Flüchtlings-Familien das Zielland Schweiz «à la Carte» ausgesucht haben? Oder anders ausgedrückt: direkte Einwanderung in den Sozialstaat mit reichhaltigem Luxus-Buffer. Wen wundert's, dass diese Leute sich vermehrt für einen dauernden Verbleib bei uns einrichten.

Karl Meier-Zoller
Effretikon ZH

Das Komitee «Rettung Werkplatz Schweiz» unter Vorsitz von Kurt Zollinger in Stäfa setzt sich für die Erhaltung der Schweiz als attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Der folgende A4-Flyer wird an alle 4.5 Millionen Haushaltungen in der Schweiz versandt!



Komitee Rettung WERKPLATZ SCHWEIZ

Mai 2023

Das sogenannte Klimaschutzgesetz ist in Wahrheit ein Verarmungs- und Verbotsgesetz.

Es führt zu deutlich höheren Heiz- und Stromkosten, höheren Mieten und Nahrungsmittelpreisen. Autofahren können nur noch Reiche. Wir verarmen. Unsere Industrie ist wegen zu hoher Energiekosten nicht mehr konkurrenzfähig und Tausende verlieren ihren Arbeitsplatz. Es zerstört Natur und Landschaft. Es bedroht uns mit Stromausfällen. Wir werden im Winter frieren. Es kostet uns lt. Berechnungen der ETH Lausanne annähernd 400 Milliarden Franken.

Dies alles geschieht, weil seit Jahren Panikmache betrieben wird, hauptsächlich von amerikanischen Milliardären, die mit der Angst riesige Geschäfte machen. Sie finanzieren die Kampagnen von Organisationen, welche Versicherungen und Pensionskassen unter Druck setzen, in ihre Projekte zu investieren. Sie beeinflussen opportunistische Politiker, die wiederum Herden von sogenannten Klimawissenschaftlern mit aus Steuergeldern finanzierten «Forschungsprogrammen» mästen.

Das Ergebnis sind Panik erzeugende theoretische Klimamodelle, die schon an der Klimageschichte scheitern. Deshalb scheuen sie nicht davor zurück, die klimageschichtlichen Daten zu fälschen, wie zum Beispiel mit der Unterschlagung der mittelalterlichen Warmzeit.

Alle diese Modelle behaupten, dass von Menschen erzeugtes CO₂ die Hauptursache der Erwärmung sei. Dabei gehen namhafte seriöse Wissenschaftler davon aus, dass dieses eine kaum messbare Wirkung hat, sondern andere Faktoren, auf die wir keinen Einfluss haben. Leider verschweigen das die Medien.

Die nach fünfhundertjähriger Kaltzeit seit etwa zweihundert Jahren wirkende allmähliche Erwärmung fördert den Pflanzenwuchs und die Nahrungsproduktion. Sie stellt überhaupt keine Bedrohung dar. Und CO₂ ist der wichtigste Baustein aller Pflanzen.

Wollen Sie wirklich durch ein so unnötiges, schädliches Gesetz zu armen Leuten werden, von Stromausfällen bedroht werden, im Winter frieren, unser schönes Land verschandeln, den Deutschen jeden Unsinn nachmachen?

Wenn Sie das nicht wollen, dann stimmen Sie am 18. Juni mit NEIN gegen das «Klimaschutzgesetz».

Freundliche Grüsse
Komitee Rettung Werkplatz Schweiz – 8712 Stäfa
www.rettungwerkplatzschweiz.ch / info@rettungwerkplatzschweiz.ch

Spenden an: Zürcher Kantonalbank – IBAN CH17 0070 0114 8080 3509 8

Sichere Zukunft in Freiheit



Jetzt

wählen!

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See. Anschliessend Referat von Kantonsrätin Marion Matter.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Dienstag, 16. Mai 2023, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Krone, Kronenweg 2, Russikon. Anschliessend Referat von Kantonsrat Paul von Euw zur neuen Energiestrategie.

Samstag, 3. Juni 2023, 08.30 bis 11.30 Uhr, Standaktion, beim SPAR mini, Kirchgasse 1, Russikon.

Freitag, 9. Juni 2023, 17.30 Uhr, Feierabendbier und Wurst, TCS-Parkplatz Bläsi-mühle, Russikon. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Stadt Zürich
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00 bis 13.00 Uhr, Generalversammlung, FIFA Museum AG, Seestrasse 27, beim Bahnhof Zürich-Enge, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 13. Mai 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 20. Mai 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 3. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 10. Juni 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 12. Mai 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Büsi, Bärenbohlstrasse 47, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Alfred Heer.

Freitag, 26. Mai 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Thema: Krisenzeit – wie weiter?

Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 10. Juni 2023, 09.15 Uhr, Besichtigung Flughafen Zürich, Treffpunkt 2 (Pass oder ID mitnehmen). Anmeldung bis 31. Mai 2023 an peter.schick@bluewin.ch. Anschliessend Apéro.

Samstag, 1. Juli 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Juli 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 25. August 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus,

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zuercherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertionenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit alt Nationalrat Christoph Mörgeli. Thema: Es braucht mehr SVP in Bern!

Sonntag, 17. September 2023, 10.00 bis 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzensseestrasse 8, Zürich-Affoltern.

Freitag, 27. Oktober 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus,

Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Beat Oppliger, Kommandant Stadtpolizei Zürich. Thema: Herausforderungen in der grössten Stadt der Schweiz.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 26. August 2023, 10.30 bis 14.30 Uhr, Wahlaufakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstr. 130, Zürich.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 bis 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 23. Mai 2023, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal Bonstetten, u.a. mit den Nationalräten Thomas Matter und Mauro Tuena.

Dienstag, 31. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Referat zur Neutralitätsinitiative, Gemeindesaal Bonstetten, mit alt Bundesrat Christoph Blocher.

Bezirk Bülach/Hüntwangen
Samstag, 13. Mai 2023, 15.30 Uhr, Parteausflug mit Nachtessen, weitere Informationen unter www.svp-huentwangen.ch.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 16. Juni 2023, bis Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Samstag, 20. Mai 2023, 18.30 Uhr, Apéro ab 17.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant



Noch mehr bezahlen?

Das sogenannte «Klimaschutz-Gesetz» ist ein Stromfresser-Gesetz!

Das «Klimaschutz-Gesetz» ist in Wahrheit ein Stromfresser-Gesetz. Es zwingt uns dazu, den CO₂-Ausstoss auf null zu reduzieren. Das geht nur mit einem **Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin!**

Wir müssen also 60 % unseres Energieverbrauchs durch Strom ersetzen – **dabei haben wir bereits zu wenig und zu teuren Strom!**

6'600 Franken Mehrkosten pro Person/Jahr!

Mit diesem Gesetz sind Heizen und Autofahren nur noch elektrisch möglich. **Das heisst massiv mehr Strombedarf und Tausende Franken Mehrkosten!**

Gemäss einer ETH-Studie werden sich die Energiekosten für jeden Einzelnen von uns verdreifachen! **Das bedeutet 6'600 Franken Mehrkosten pro Person im Jahr** oder 550 Franken pro Monat! Mit diesem Gesetz werden Strom und Energie zum Luxus für Reiche.

Sinnlos unsere Natur verschandeln?

Woher soll der zusätzliche Strom kommen? **Wie sollen wir rund 60 % des Schweizer Energiebedarfs durch Strom ersetzen?**

Laut Berechnungen braucht es dafür zusätzlich **17 Wasserkraftwerke, rund 5'000 Windräder und 70 Millionen Quadratmeter Solaranlagen!** Das führt zu einer Verschandelung der Landschaft. Trotzdem werden wir im Winter zu wenig Strom haben.

Mit einer Spende auf IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y unterstützen Sie unseren Kampf für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Herzlichen Dank für Ihr Engagement.
SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern www.stromfresser-gesetz-nein.ch

Stromfresser-Gesetz NEIN
Bundesgesetz KIG



Generalversammlung der SVP Stadt Zürich

Samstag, 17. Juni 2023 10:00 – 13:00 Uhr

Fifa Museum AG
Seestrasse 27, 8002 Zürich



Offertiert werden Käse-, Fleisch- und Früchteplatte, sowie Honig, Butter, Konfitüre, Zopf und Brot. Auch für Getränke ist gesorgt.

Sie erwarten spannende Themen mit unserem Ehrengast Gregor Rutz. Der Brunch findet in der «World Cup Lounge» statt (siehe Fotos oben).

Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte sind willkommen.

